



Antrag

der Abgeordneten **Annette Karl, Florian von Brunn, Margit Wild, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann SPD**

Einzelhandel stärken II – Zukunftsfähige Innenstädte

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über mögliche gesetzliche Initiativen auf allen politischen Ebenen zu berichten, die notwendig sind, um bei der Belegung von Innenstädten schnell und flexibel Änderungen bei der Nutzung von Leerständen vornehmen zu können. Außerdem soll in dem Bericht aufgezeigt werden, welche Maßnahmen zusätzlich nötig sind, um diese Nutzungsänderungen noch weiter zu befördern.

Begründung:

In vielen Innenstädten finden sich derzeit Leerstände bei Gewerbeimmobilien, die nicht mehr an Einzelhandelsläden vermietet werden können. Der Deutsche Städtetag wünscht sich für diese Leerstände eine planungsrechtliche Möglichkeit, die Experimente bei der Nutzung dieser Flächen zulässt. Beispielsweise sollten bisher für den Einzelhandel bestimmte Flächen umgewidmet werden können in kurzfristig genutzte Büroflächen, als Pop-Up-Läden, Kulturfläche oder sogar als Wohnraum. Dies erfordert jedoch eine Änderung nach dem Bauplanungsrecht, die von politischen Gremien und Behörden in langwierigen Entscheidungswegen erst beschlossen werden muss. Hier wäre mehr Flexibilität und Schnelligkeit bei der Umwidmung nötig, um den Städten und Gemeinden ein zeitnahes Gegensteuern gegen einen möglichen Leerstand zu gewährleisten.